

– auch weil sie den Geldhäusern nahezu unbegrenzt Liquidität zur Verfügung gestellt hat.

Zwar sorgte die schwache konjunkturelle Lage in der Euro-Zone dafür, dass sich der Geld-Boom bislang nicht in höheren Preisen niederschlug. Sobald die Wirtschaft aber anzieht, kann sich das schnell ändern. Ob sich die EZB dann noch an ihr Versprechen erinnert, die zusätzlichen Milliarden aus dem Markt zu nehmen, ist offen. Je mehr Euro im Umlauf sind, desto schwieriger wird es, sie wieder zurückzuholen und die Preise unter Kontrolle zu halten.

Überdies fragen sich viele Experten, ob die EZB das überhaupt noch will. Der Kampf gegen die Inflation lässt sich besser führen, so lehrt die Erfahrung, wenn er die einzige Aufgabe einer Notenbank ist.

Die EZB aber hat im Zuge der Euro-Krise so viele zusätzliche Aufgaben übernommen, dass sie inzwischen wie eine Nebenregierung wirkt. Im vergangenen Herbst war Zentralbanker Draghi höchst-

jenigen lauter werden, die eine Reform der Zentralbankgremien fordern. „Es kann nicht sein, dass Deutschland für knapp 30 Prozent der Risiken der EZB haftet, aber nur eine Stimme hat“, sagt CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs. „Deutschland muss ein Stimmgewicht erhalten, das seinem Kapitalanteil in der EZB entspricht.“

Chancen hat die Forderung nicht, denn um sie umzusetzen, müssten alle Währungsmitglieder einstimmig die Verträge ändern. Aber sie verweist auf eine Konstante in der Geschichte der Euro-Rettung: Was gedacht ist, die Währungsunion zusammenzuhalten, treibt sie oft erst recht auseinander.

Das könnte auch für den neuen Draghi-Plan gelten, wie sich vergangenen Donnerstag zeigte, als der Rat über eine wichtige Stellschraube des Konzepts stritt. Es ging um die Frage, ob die EZB das Geld, mit dem sie Anleihen aufkauft, an anderer Stelle wieder einsammeln soll, um Inflation vorzubeugen. So hat sie es bei ihrem ersten Ankaufprogramm gemacht.

Eine große Fraktion der Notenbanker aus dem Süden Europas plädierte dafür, das Geld künftig im Markt zu lassen. Die Zentralbank könne ihre Geldinjektionen nur bis zu einer Größenordnung von rund 300 Milliarden Euro stilllegen, so argumentierten sie unter Berufung auf wissenschaftliche Studien. Kündige die EZB also an, alles zusätzlich in den Markt geschossene Geld wieder einzusammeln,

lege sie sich auf diese Summe als Obergrenze fest – was die Glaubwürdigkeit des Aufkaufprogramms beschädige.

Die Gegner, sie stammten vornehmlich aus nördlichen Ländern der Euro-Zone, verwiesen auf die Inflationsgefahr. Drucke die EZB ohne Limit neues Geld, um damit Anleihen zu kaufen, drohten unweigerlich steigende Preise.

Es war eine für die vornehmen Verhältnisse von Notenbankern hitzige Debatte, aber ohne klares Ergebnis. Die Argumente gingen hin und her, doch auf eine gemeinsame Haltung konnten sich die Notenbanker an diesem Tag nicht einigen.

Es braucht keine prophetische Gabe, um vorauszusagen, dass die EZB in den kommenden Wochen und Monaten wohl kaum ein Bild der Geschlossenheit liefern wird. Ein EZB-Ratsmitglied ahnt: „Das wird in den nächsten Wochen noch für gehörig viel Ärger sorgen.“

SVEN BÖLL, MARTIN HESSE,
CHRISTOPH PAULY, CHRISTIAN REIERMANN,
MICHAEL SAUGA, ANNE SEITH



Minister Schäuble, Geithner: Auf dem Laufenden gehalten

persönlich daran beteiligt, Italiens Skandalpremier Silvio Berlusconi aus dem Amt zu jagen. EZB-Beamte diktieren als Mitglieder der sogenannten Troika, wie Griechen, Portugiesen und Iren etwa den Kündigungsschutz in ihrem Land zu lockern oder das Taxigewerbe zu reformieren haben.

Demnächst soll die Zentralbank auch noch eine wichtige Rolle bei der geplanten einheitlichen Aufsicht über den Finanzsektor der Euro-Zone bekommen. Dann kann sie mitbestimmen, welche Banken restrukturiert oder abgewickelt werden müssen.

Was die Sache besonders problematisch macht: Der EZB-Rat, das zentrale Organ der Notenbank, in dem neben den sechs Mitgliedern des Direktoriums auch die 17 Präsidenten der nationalen Zentralbanken sitzen, ist demokratisch für die neuen Aufgaben nicht legitimiert. Die Mitglieder mussten sich keiner Wahl stellen, und sie sind niemandem Rechenschaft schuldig.

Kein Wunder, dass angesichts der wachsenden EZB-Machtfülle die Stimmen der-

LANDWIRTSCHAFT

Urlaubsland in Mästerhand

Mecklenburg-Vorpommern gilt als Aufsteiger unter den deutschen Ferienregionen. Riesige Fleischfabriken könnten den Ruf des Landes nachhaltig ruinieren.

Wer abschalten und auftanken will, dem legen Tourismusexperten Mecklenburg-Vorpommern ans Herz. „MV tut gut“, lautet der Slogan der Region, ein Land zum „Durchatmen“.

Doch seit zwischen Seen und Naturschutzgebieten gigantische Hühner- und Schweineställe emporwachsen, ist das mit dem Durchatmen nicht mehr so einfach in MV. Statt frischer Ostseeluft durchweht das Land ein saurer Gölleduft.

In den betroffenen Gemeinden gärt es. Protestkreuze und -laken hängen an den Zäunen, Bauplätze werden besetzt, auch eine Halle brannte bereits. Sie gehörte einem Betrieb, der Land an den niederländischen Investor Adrianus Straathof verkauft hatte. Straathof hatte in Holland Ärger mit den Behörden, weil er Tierhaltungsvorschriften ignorierte.

In MV, der Heimat der DDR-Schweinefabriken, stieg er zu einem der größten Züchter Deutschlands auf. Vor vier Wochen stellte er an einem seiner umstrittensten Standorte in Alt Tellin seine ersten Tiere ein – über 10 000 Säue sollen hier dichtgedrängt in riesigen Ställen 250 000 Ferkel pro Jahr werfen.

Eine solche Entwicklung wollte Till Backhaus (SPD) eigentlich verhindern. Gern spricht der Agrarminister von nachhaltiger Landwirtschaft, von seinem Auftrag, über Generationen hinweg zu denken, und davon, übergroße Tierhaltungsanlagen zu verbieten.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Über zwei Dutzend neue Mastvorhaben hat Corinna Cwielag vom Bund für Umwelt- und Naturschutz gezählt – riesige Stallkomplexe, in denen pro Durchgang teilweise 400 000 Hühner gemästet werden können. „Mecklenburg-Vorpommern“, so ihre Diagnose, „ist auf dem Weg, ein zweites Cloppenburg zu werden.“ Der niedersächsische Landkreis galt lange als Mekka der Mäster – so lange, bis die Böden mit lauter Gülle verseucht waren und die Menschen zu protestieren begannen.

Der BUND hat nun bei der EU eine Beschwerde gegen die Förderung von Intensiv-Tierhaltungsanlagen in Mecklenburg-Vorpommern eingelegt. Viele der Megaställe wurden auch mit EU-Geld ge-



TIERSCHUTZREPORTER / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Schweine in Mastanlage: Ungebrochene „Begeisterung für Ferkel“

fördert, und zwar aus dem ELER-Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums. Arbeitsplätze sind dafür ein notwendiges und meist das einzige Argument. Die Umweltschutzorganisation informierte auch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung: Oft würden große Mastprojekte künstlich in zwei Betriebsteile aufgespalten, um zweimal Förderung zu kassieren.

Die Anlagen in Gallin in der Nähe des Plauer Sees und in Klein Daberkow im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte seien solche Fälle, behauptet der BUND.

In Klein Daberkow bauen zwei Firmen acht Ställe für insgesamt 400 000 Hähnchen. Gehen die beiden Zwei-Millionen-Euro-Bauvorhaben durch, wonach es aussieht, bekommt jeder Investor ein Viertel der Summe geschenkt. Zufällig waren die zwei Millionen Euro bis zur Absenkung im Herbst 2011 genau der geförderte Höchstbetrag. Für Subventionsbetrug sah die Staatsanwaltschaft in Schwerin zwar keine Anhaltspunkte, doch die quasi identischen Förderanträge der Geschäftsführer der beiden Firmen, Friedrich-Ernst Wilfarth und Martijn Ritzema, machen die Anwohner bis heute skeptisch.

Ritzema gab als Anschrift Wilfarths Adresse an, zudem finanziert dieselbe niedersächsische Bank die zwei Projekte. Und beide wollen ihre Hähnchen an denselben Konzern liefern: die niederländische Plukon Royale Group, zu der die deutschen Marken Friki und Stolle gehören.

Werden hier also mit Steuergeldern des Landes und der EU Strohleute internationaler Konzerne kofinanziert? Nein, sagen die Investoren. Ritzema gab bei seinem Bauantrag allerdings seine Kontaktadresse bei Agrifirm an, einem niederländischen Futtermittelmulti, für den er als Geflügelexperte arbeitete und der an Plukon beteiligt ist.

Wer Friedrich-Ernst Wilfarth nach dem Vorhaben befragen will, ist gut beraten, keine Angst vor bissigen Hunden zu haben: Mitunter hetzt ein Schäferhund auf Hofbesucher zu, der erst im letzten Moment zurückgerufen wird. Die Aufregung um die Ställe kann Wilfarth nicht nach-

vollziehen, er baue schließlich keine Atombombe.

Angesichts der drastischen Überproduktion deutschen Hähnchenfleisches ist nur noch fraglich, wer all die Broiler essen soll. Ursprünglich wollten die Investoren den asiatischen Markt erobern, inzwischen setzen sie auf heimische Käufer. Wilfarth schwärmt vom Getreidehähnchen, das überwiegend Futter auf Basis selbstangebauter Feldfrüchte fressen soll.

Und von Jobs, die geschaffen werden. Genauer verrät ein Blick in die Antragsunterlagen: Dort ist von 1,5 ständigen Arbeitsplätzen die Rede, für vier Ställe. Dass dies ziemlich wenig ist und dass die Förderung der Mega-Mast nicht ganz zu seinen Versprechen einer nachhaltigen Landwirtschaft passt, scheint inzwischen auch Minister Backhaus aufzugehen – die Förderrichtlinien wurden zumindest leicht überarbeitet.

Trotz des massiven Widerstands und zahlreicher gutvernetzter Bürgerinitiativen können betroffene Gemeinden wenig gegen geplante Riesenställe ausrichten. Es sei denn, sie haben einen Flächennutzungsplan, der solche Ställe ausschließt. Minister Backhaus kündigte zwar an, die Rechte der Gemeinden in dieser Frage zu stärken. Aber auf ein von ihm angekündigtes Entscheidungsrecht warten die betroffenen Bürgermeister bis heute.

Am Ende jedoch dürfen sich die Gemeinden mit den Problemen derartiger Anlagen herumschlagen. Investor Straathof, sagt ein Sprecher des Landkreises Vorpommern-Greifswald, sei beim Bau seines riesigen Schweinestallkomplexes in Alt Tellin nur „mit der Brechstange“ und Zehntausenden Euro an Zwangsgeldern beizukommen gewesen. Mehrere Gebäude errichtete Straathof etwa ohne jede Genehmigung. „Er hält sich an nichts.“

Straathof sieht das ganz anders. Fragen des SPIEGEL wollte er zwar nicht beantworten. Seine „Begeisterung für Ferkel“ aber sei ungebrochen, und die Zusammenarbeit mit den Behörden sei großartig gewesen. Gern betont er, ohne jegliche Subventionen ausgekommen zu sein. Nach Alt Tellin, lässt der Niederländer noch etwas verschwurbelt wissen, sei er im Übrigen sowie so nur gekommen, weil zwei „Institutionen“ ihn gerufen hätten. Wer das ist, will Straathof nicht verraten.

Aufschluss geben da vielleicht die Berater, die ihm zur Seite standen: Sie kamen von der Firma LMS, einem Tochterunternehmen des Landes.

NILS KLAWITTER

Massen-Mästerei

Geplante Anlagen in Mecklenburg-Vorpommern für

- Geflügelhaltung
- bestehende Anlagen für Geflügelhaltung
- Schweinemast und -zucht

Quelle: BUND 2012

zusätzlich
2,5 Mio.
Geflügelmastplätze
220 000
Schweinemast- und
zuchtplätze

